

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

**Regierungserklärung des
Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil
Die Infektionswelle jetzt brechen!
Unterrichtung des Niedersächsischen Landtages
am 30. Oktober 2020**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Anrede,

es ist sehr gut, dass der Niedersächsische Landtag heute zu einer Sondersitzung zusammenkommt. Über die Auswirkungen des Coronavirus ist im Plenum und den Ausschüssen des Landtages vielfach diskutiert worden. Seit mehr als acht Monaten hält uns alle dieses Thema in Atem. Aber es ist nicht zu weit gegriffen, wenn ich sage: Wir befinden uns jetzt in einer entscheidenden Phase unseres Kampfes gegen dieses verheerende Virus!

Anrede,

ich stehe mit großem Ernst und in tiefer Sorge vor Ihnen. Die Entwicklung der Pandemie in den letzten Wochen übertrifft noch einmal unsere Erfahrungen aus dem Frühjahr und dem Frühsommer, die wir doch zwischendurch schon fast überwunden zu haben schienen.

Das ist kein Alarmismus, das ist die nüchterne Konsequenz aus harten Zahlen.

Ende Juli lag die Zahl der aktuell infizierten Personen in Niedersachsen bei rund 550, gestern bei fast 10.000.

Der Höchstwert der täglichen Neuinfektionen lag im Frühjahr bei etwa 450, heute bei mehr als 1.250.

Es ist nicht nur die reine Zahl, sondern auch die Verteilung der Infektionen, die uns in Unruhe versetzen muss. In der ersten Septemberwoche waren in Niedersachsen 40 Menschen über 60 Jahre infiziert, in der letzten Woche über 800.

Und ein letztes Schlaglicht: Die Verdoppelungsrate bei den Infektionen betrug im Sommer weit über 30 Tage, heute verdoppeln sich alle sieben Tage die Infektionszahlen.

Dabei steht Niedersachsen sogar vergleichsweise noch relativ gut da – etwa 1/3 besser als der Bundesdurchschnitt. Und innerhalb Europas steht wiederum die Bundesrepublik gut da, viele unserer Nachbarstaaten befinden sich in noch viel größeren Problemen.

Aber was hilft das? Mit einem Inzidenzwert von fast 72, so jedenfalls der Stand gestern, sind wir ebenfalls Teil dieser Infektionsdynamik. Und der Blick auf andere Länder und Staaten gibt höchstens Grund, uns noch mehr anzustrengen, es nicht so weit kommen zu lassen.

Reden wir nicht darum herum: Gelingt es nicht, die Infektionsdynamik zu brechen, drohen uns genau dieselben Verhältnisse, wie wir sie derzeit in anderen europäischen Ländern sehen.

Wir reden über Leben und Gesundheit unzähliger Bürgerinnen und Bürger – nicht weniger, sondern vieler Tausend! Wir reden über die Perspektiven für unsere Wirtschaft – es gibt kein einziges Beispiel dafür, dass sich eine Wirtschaft inmitten explodierender Infektionszahlen erholen kann, ganz im Gegenteil. Und wir reden auch über den Schutz der Freiheitsrechte: Gelingt es uns nicht, die Infektionen in den Griff zu kriegen, werden noch viel härtere Maßnahmen kaum zu vermeiden sein als diejenigen, über die ich Ihnen zu berichten habe.

Anrede,

das ist der Hintergrund, vor dem vorgestern eine weitere Beratung zwischen der Bundeskanzlerin, dem Bundeskabinett und den Regierungschefinnen und -chefs der 16 Länder stattgefunden hat.

Wenn Ihnen meine bisherigen Ausführungen zu dramatisch erscheinen sollten, kann ich Ihnen versichern: Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Runde sind alarmiert und blicken voller Sorge auf die Entwicklung der nächsten Wochen.

Wir stehen inmitten der größten politischen Herausforderung, die unsere Generation bislang zu bewältigen hatte. Wir haben eine große Verantwortung dafür, das Leben und die Gesundheit unzähliger Mitbürgerinnen und Mitbürger zu schützen. Wir stehen in der Verantwortung dafür, unabsehbaren Schaden von unserer Gesellschaft abzuwenden. Und wir müssen ein Beispiel setzen für viele Bürgerinnen und Bürger, ein Beispiel für Geschlossenheit und Entschlossenheit!

Die Politik war vielleicht in den letzten Jahrzehnten noch nie so stark gefordert wie zurzeit. Ich fordere uns alle miteinander auf: Werden wir auch ganz persönlich dieser Verantwortung gerecht!

Anrede,

es geht darum, die Dynamik der Infektionen schnell und konsequent zu brechen und zugleich gravierende zusätzliche Schäden zu vermeiden.

Wenn Sie mit mir dieser Auffassung sind, müssen wir uns um einen Schwerpunkt besonders kümmern, der von höchster praktischer Bedeutung ist.

Auf welchem Wege erfolgen Infektionen? Ganz allgemein formuliert: durch Kontakte. Also müssen wir in den nächsten Wochen alle, ich meine wirklich alle, unsere Kontakte reduzieren.

Und wo genau sollen wir dafür ansetzen? Die ehrliche Antwort lautet: Nach allen Erfahrungen findet ein Löwenanteil von Infektionen im privaten Umfeld statt, aber wir wissen nicht, wo genau.

Das ist eine entscheidende Aussage. Leider können wir eben nicht den einen oder anderen Bereich herausnehmen, weil von dort ein großer Teil der Infektionen stammt. Dafür ist die persönliche Lebensführung von uns allen einfach zu vielfältig. Es fehlt in dieser Hinsicht an einer konkreten Datenbasis. In etwa 75 bis 80 Prozent der Fälle lässt sich schlichtweg im Nachhinein nicht mehr klären, wo und unter welchen Bedingungen genau die Infektion erfolgt ist.

Deswegen müssen wir den gesamten Bereich der persönlichen Lebensführung in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen. Und deswegen haben wir uns auf die weitreichende Schließung von Einrichtungen verständigt, die ja gerade Menschen zusammenführen sollen: Gastronomiebetriebe und Kulturstätten, Hotels und Sportanlagen, Dienstleistungsbetriebe und Veranstaltungsstätten.

Wir sind überzeugt: Nur auf diesem Weg werden wir die Infektionsdynamik schnell und wirksam brechen können.

Über die Auswirkungen für die Betroffenen sind wir nicht leichter Hand hinweggegangen, das will ich betonen. Es liegt ja auf der Hand, dass die genannten Bereiche schon geschwächt in diese nächste Krise hineingehen. Wir sind uns der harten Konsequenzen für die Betroffenen bewusst, aber sie sind in der aktuellen Lage leider zwingend geboten.

Vor diesem Hintergrund hat der Bund eine außerordentliche Wirtschaftshilfe zugesagt, die noch einmal deutlich über die bisherigen Programme hinausgeht. Für diejenigen, die von der Schließung erfasst sind, werden 75 Prozent des entsprechenden Umsatzes aus dem Vorjahresmonat gewährt. Wenn also im November 2019 der Umsatz 100.000 Euro betrug, beträgt die Erstattung im November 2020 75.000 Euro.

Das gilt für Unternehmen bis 50 Mitarbeiter, bei größeren Unternehmen findet eine differenzierte Ermittlung statt, weil EU-Vorschriften zu berücksichtigen sind. Nach den uns erteilten Auskünften ist allerdings auch in diesen Fällen kein wesentlich reduzierter Entschädigungsbetrag zu erwarten.

Es gibt ein Detail, das ich inmitten all dieser schlechten Nachrichten als eine gute Nachricht empfinde: Von der genannten Wirtschaftshilfe profitieren auch und gerade auch die Solo-Selbständigen, also z.B. Künstlerinnen und Künstler, die nun einmal keine laufenden Betriebskosten haben. Darauf soll es nicht ankommen, auch das ist Teil unserer Vereinbarungen. Ich freue mich sehr für die Betroffenen, die ja schon harte Zeiten hinter sich haben.

Dagegen wollen Bund und Länder das Bildungswesen – so gut wie es das Infektionsgeschehen zulässt – unberührt lassen. Wir wollen Einschnitte in den Kindertagesstätten und Schulen nach aller Möglichkeit vermeiden – um der Kinder willen und um der Familien willen.

Wir wollen einen Stillstand der Wirtschaft vermeiden, so gut es irgend geht. Wir sind sicher, andernfalls werden sich die Schäden vervielfachen.

Anrede,

ich bin überzeugt davon, wir müssen so handeln wie wir handeln. Aber natürlich gibt es auch Kritik. Da ist die Kritik von Betroffenen, die sich unfair behandelt fühlen, weil sie sich in den vergangenen Monaten um ein vorbildliches Verhalten bemüht haben. Und da ist die Kritik aus rechtlicher Sicht, weil es sich ohne Frage um Einschränkungen von Freiheitsrechten handelt.

Ich setze mich mit dieser Kritik sehr genau auseinander, weise aber auf eines hin: Es gibt kein schrankenloses Grundrecht. Unsere Verfassung stellt die Freiheit des Einzelnen aus guten Gründen vorneweg, aber gewährt sie nicht schrankenlos. Wo hohe Rechtsgüter wie Leben und Gesundheit Dritter gefährdet sind, bedarf es einer Abwägung mit diesen Rechtsgütern. Das ändert nichts an dem hohen Rang unserer individuellen Freiheit, aber wir müssen sie abwägen mit den Rechten und den Interessen Dritter und der Gemeinschaft.

Ich will das einmal anhand von zwei Maßnahmen darstellen, die jüngst von den Gerichten aufgehoben sind: dem Beherbergungsverbot und der Sperrstunde in der Gastronomie. Dennoch haben sich Bund und Länder verständigt, wiederum Übernachtungsverbote vorzusehen und statt einer Sperrstunde sogar die Schließung von gastronomischen Betrieben. Dahinter steht kein Trotz, weil Gerichtsverfahren verlorengegangen sind, sondern eine sehr ernsthafte Überlegung.

Wie ich schon sagte, ergibt sich aus den Erfahrungen der vergangenen Monate, dass private Kontakte die Ursache für den Löwenanteil der Infektionen sind. Aber wie ich ebenfalls gesagt

habe: Wir wissen schlichtweg nicht, wo genau in der großen Mehrzahl der Fälle diese Infektionen tatsächlich entstanden sind. Wenn wir uns jetzt in einer dramatischen Lage befinden, müssen wir deswegen alle Möglichkeiten für eine Kontaktreduzierung nutzen, weil wir nicht die Chance zu sicheren punktuellen Eingriffen haben. Da war vielleicht rückwirkend betrachtet ein Fehler bei den ergriffenen Maßnahmen. Jetzt aber nehmen wir das gesamte Spektrum privater Lebensführung in den Blick. Anders werden wir Leben und Gesundheit vieler Bürgerinnen und Bürger absehbar nicht schützen können.

Wir tun das nicht um Freiheit einzuschränken, sondern auch um Freiheit zu schützen. Was geschieht, wenn nichts geschieht? Um diese Frage zu beantworten, muss man nicht spekulieren. Es genügt ein Blick über unsere Grenzen, nach Frankreich, nach Belgien, in die Niederlande und in viele andere Nachbarstaaten. Dort sind die Eingriffe in den privaten Bereich ungleich härter als bei uns und die Lage wird dennoch ungleich schwieriger.

Der einzige Vorteil, den wir gegenwärtig noch haben, ist die Zeit. Wir sind immer noch in einem relativ frühen Stadium der Infektionen, wir können immer noch Einfluss nehmen. Wenn das mit Erfolg geschehen soll, dann aber jetzt!

Anrede,

lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch kurz eingehen auf eine andere Diskussion, die z.Z. geführt wird. Ist eine Landesregierung legitimiert, solche Maßnahmen durch eine Verordnung zu treffen? Die Antwort lautet „ja“, wir handeln auf der Grundlage des geltenden Rechts.

Das Infektionsschutzgesetz ist ein Bundesgesetz. Der Bundestag hat mit der Durchführung die Landesregierungen beauftragt. Das bezieht sich ausdrücklich auch auf den Erlass erforderlicher Verordnungen.

Das tun wir im vollen Bewusstsein der großen Verantwortung, die damit verbunden ist. Ich füge hinzu: Wenn der Bundesgesetzgeber die Eingriffsvoraussetzungen konkretisieren sollte, wie es z.B. Bundestagspräsident Schäuble vorgeschlagen hat, kann das sogar eine Hilfe sein.

Und was die Beteiligung des Landtages angeht, ist die Landesregierung da völlig offen. Seit Beginn der Corona-Krise gibt es regelmäßige Informationen vor allem des Sozialausschusses als Corona-Ausschuss. Die Entwürfe von Verordnungen werden zugeleitet und in jeder Sitzungsperiode des Landtages in den vergangenen Monaten ist politisch intensiv über Corona und seine Folgen diskutiert worden, wie heute eben auch.

Es muss nur zweierlei wirklich klar sein und bleiben. Das Land muss zu jeder Zeit handlungsfähig sein. Das haben wir aus der Dynamik dieser Pandemie nun wirklich gelernt, gerade auch in den letzten Tagen. Und zum anderen: Die politische Verantwortung muss klar sein, auch das ist für ein erfolgreiches Krisenmanagement unabweisbar.

Und vielleicht eine letzte Bemerkung in diesem Zusammenhang: Vielleicht ist die bisherige Politik in Sachen Corona in der Bundesrepublik nicht perfekt, im internationalen Vergleich gehört sie allerdings zu den erfolgreichsten Modellen. Unsere Demokratie ist eben gerade nicht in Gefahr und ich habe die herzliche Bitte an alle Beteiligten, auch gar nicht erst einen solchen Eindruck zu vermitteln!

Anrede,

parallel zu den genannten Einschränkungen kämpfen die Gesundheitsämter in Niedersachsen überall darum, den Infektionsketten nachzuspüren und sie zu unterbrechen. Die Bundeswehr, die Hilfsorganisationen und auch das Land unterstützen die Bemühungen. Aus der Landesverwaltung werden wir den Kommunen einen Pool von knapp 1.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung stellen, die dabei helfen sollen. Wir wissen, wie wichtig die Arbeit in den Gesundheitsämtern ist und ich sende ein weiteres Mal allen Beteiligten in den Kommunen herzliche Grüße und ein besonders herzliches Dankeschön!

Richtig ist auch der Hinweis, dass die besonders verletzbaren Gruppen besonders zu schützen sind. Der Einsatz von Schnelltests läuft jetzt an und ich bin sicher, die Verantwortlichen in den Krankenhäusern und Pflegeheimen geben sich die allergrößte Mühe, ihre Einrichtungen von dem Virus freizuhalten. Diese Bemühungen sind ungeheuer wichtig und ich danke allen Menschen in den Krankenhäusern und Heimen ein weiteres Mal besonders herzlich!

Und übrigens: Diese Bemühungen haben eine sehr hohe Bedeutung, aber sie können den allgemeinen Infektionsschutz leider eben nicht ersetzen. Wir brauchen beides – einen wirksamen Schutz besonders gefährdeter Menschen und eine konsequente Unterbindung von Infektionen. Wir brauchen beides, das dürfen wir nicht gegeneinander ausspielen!

Anrede,

ja, es ist jetzt eine besonders wichtige, eine besonders heikle Phase in unserem Kampf gegen das Coronavirus. Ich verstehe alle Betroffenen, die mit den Einschränkungen hadern. Ich verstehe alle, die nach vielen Monaten der Pandemie allmählich unmutig und zermürbt sind.

Ich bitte Sie aber auch herzlich, sich selbst die Frage zu stellen, die unsere Situation vielleicht besonders treffend beschreibt: Was geschieht, wenn nichts geschieht? Das wäre ein Spiel mit dem Feuer, davon bin ich überzeugt, und rate uns davon eindringlich ab.

Die Politik hat jetzt eine große Bewährungsprobe zu bestehen, das gilt für uns alle. Werden wir dieser Verantwortung gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das erwartet übrigens auch die große Mehrheit der Bevölkerung von uns, ich verweise auf die letzte Umfrage des NDR. Die meisten Bürgerinnen und Bürger verhalten sich selbst vorbildlich, sie tragen jeden Tag ganz persönlich zum Infektionsschutz bei. Sie halten Abstand und sie tragen die Maske und sie beachten die Hygiene. Das gilt für die große Mehrheit der Bevölkerung, aber eben nicht für alle. Darum geht es jetzt aber entscheidend in diesen Wochen: Das wir alle, buchstäbliche alle, unsere Kontakte deutlich reduzieren. Das ist die Grundlage für Erfolg oder Misserfolg der jetzt diskutierten Maßnahmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Chance, wie im ersten Halbjahr auch jetzt wieder eine gefährliche Situation zu meistern. Tun wir es jetzt, tun wir es mit aller Entschiedenheit, tun wir es alle! Mein größter Weihnachtswunsch in diesem Jahr ist, dass wir dann sagen können: Zusammen haben wir gerade wieder eine gefährliche Lage gemeistert. Danke für ein so tolles Land, in dem wir leben!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.